

# Aufarbeitung der Vergangenheit

## Österreich nach den „Iden des März“

*Die Veranstaltungen zum fünfzigsten Jahrestag des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 sind vorüber. Fritz Csoklich zieht im folgenden Beitrag rückblickend Bilanz: Wie haben sich Staat, Gesellschaft und Kirche in Österreich aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages des „Anschlusses“ mit der Vergangenheit auseinandergesetzt?*

Als die auf Vorschlag von Bundespräsident Kurt Waldheim eingesetzte Internationale Historikerkommission unter dem Vorsitz des Schweizer Hans Rudolf Kurz im Februar ihren Bericht der österreichischen Bundesregierung übergab, schien Österreich nach fast zwei Jahren latenter Waldheim-Krise in einen akuten Staatsnotstand zu geraten. Denn in dem Bericht der Internationalen Kommission wurde Bundespräsident Waldheim wohl bescheinigt, er habe keinen Anteil an irgendeinem Kriegsverbrechen, doch hieß es ebenso ausdrücklich, Waldheim sei nicht nur ein zweitrangiger „Kanzleioffizier“ gewesen, sondern er habe durch seine Position in der Heeresgruppe E hervorragende Informationen über das Kriegsgeschehen gehabt. Dabei habe er u. a. durch „unütige Hinnahme von Verletzungen der Menschenrechte“ den Vollzug rechtswidriger Vorgänge zumindest erleichtert. Wenn auch einzelne Juristen und Historiker in Österreich diesen Bericht zu zerzausen begannen, war die Wirkung seiner Aussagen doch explosiv: Es kam zu Protestkundgebungen gegen den Bundespräsidenten, in Zirkeln von Wissenschaftlern und Künstlern wurden Protestresolutionen verfaßt, in einzelnen Schulen sind die Bilder des Staatsoberhauptes entfernt oder die Schüler von Lehrern aufgefordert worden, sie sollten über dieses Thema abstimmen. Von radikalen linken Gruppen über jüngere Sozialisten und die Grünen bis zu katholischen Intellektuellen, deren Wortführerin die bekannte Historikerin Erika Weinzierl war, reichte diese Anti-Waldheim-Front. Sogar innerhalb der Österreichischen Volkspartei, die den ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen knapp zwei Jahre vorher zu ihrem Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl nominiert hatte, kam es zu einer deutlichen Absetzbewegung vom amtierenden Bundespräsidenten. Der Ruf nach dem Rücktritt von Kurt Waldheim wurde laut und durch die Berichterstattung in den elektronischen Medien in effektvoller Weise vervielfacht.

### Die Bürger waren besonnener als die Medien

In dieser prekären Situation brach angesichts der vor allem von ausländischen Medien geführten Kampagne gegen Waldheim der nun schon knapp zwei Jahre lang zurückgestaute Zorn breiter konservativer Wählerschichten an der Basis voll durch: Tausende spontane Briefe er-

zürnter Bürger, in erster Linie aus kleineren Städten und ländlichen Gebieten, beschuldigten die SPÖ, diese Kampagne ausgelöst zu haben, attackierten die Führung der Österreichischen Volkspartei, der sie vorwarfen, viel zu wenig nachhaltig hinter Waldheim zu stehen, und beschimpften die Redaktionen der Zeitungen und des Fernsehens, die dafür verantwortlich gemacht wurden, die Anti-Waldheim-Kampagne unterstützt zu haben. Diese breite Gegenbewegung wurde hauptsächlich von Angehörigen der Kriegsgenerationen getragen, erfaßte aber auch viele Angehörige der jüngeren Generation und reichte weit hinein in die Reihen der Sozialistischen Partei.

Intellektuelle Kreise in Wien nahmen die Intensität dieser Gegenbewegung längere Zeit nicht zur Kenntnis, doch die Führungen der beiden großen Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ reagierten rasch: Sie distanzieren sich immer deutlicher von allen Forderungen nach einem Rücktritt des Bundespräsidenten und versuchten, so gut es ging, die drohende Polarisierung in den eigenen Reihen und im ganzen Land zu beruhigen und abzuschwächen. Mitten in diesen Stimmungswechsel platzte die Nachricht, der Bundesparteiohmann der SPÖ, Fred Sinowatz, der allgemein für das Stöbern in der Vergangenheit von Kurt Waldheim verantwortlich gemacht wird, habe sich entschlossen, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Dieses wird nun Bundeskanzler Franz Vranitzky in Personalunion übernehmen.

In dieser Situation, die bei weniger Standfestigkeit der führenden Kräfte in den großen Parteien bedrohliche Entwicklungen hätte auslösen können, gedachte das offizielle Österreich an den Iden des März des „Anschlusses“ Österreichs an Hitler-Deutschland vor 50 Jahren. Um jede emotionelle Aufschaukelung zu vermeiden, einigten sich der Bundespräsident und die Führungen der Koalitionsparteien, daß Kurt Waldheim bei den offiziellen Gedenkfeiern im Parlament und in der Hofburg nur als stummer Gast anwesend sein sollte. Damit wurde eine „österreichische Lösung“ in der heiklen Lage erreicht, und der ruhige und würdige Ablauf der Gedenkfeiern ergab, daß alle Befürchtungen und Ängste, es könnte zu peinlichen Zwischenfällen kommen, voreilig waren.

Einmal mehr zeigte sich auf diese Weise, daß sich die österreichischen Bürger insgesamt besonnener verhielten, als es die Aufgeregtheit in den österreichischen Medien und die zum Teil hektischen Appelle von Politikern und Parteien erwarten ließen. Ein Beobachter in jenen Tagen hat wohl den Nagel auf den Kopf getroffen, als er schrieb, das einfache und in jeder Hinsicht „normale“ Volk denke eben oft ganz anders als manche Parteisekretäre oder Fernsehmoderatoren, und viele Leute hörten gar nicht mehr hin, wenn ihnen zum tausendsten Male kollektives Schuldbewußtsein gepredigt werde.

## Viktor Frankls Absage an die Kollektivschuld

Dieser Umstand mag auch dazu geführt haben, daß im Gedenken an die Märztage 1938 bei einer Großkundgebung auf dem Wiener Rathausplatz, zu der der Wiener Bürgermeister und alle politischen Parteien der Bundeshauptstadt aufgerufen hatten, die Worte des international bekannten Arztes und Psychologen *Viktor Frankl* den Tausenden Zuhörern zutiefst zu Herzen gingen. Viktor Frankl, selbst Häftling in Auschwitz, hatte während des Krieges als österreichischer Jude seinen Vater, seine Mutter, seinen Bruder und seine erste Frau in Konzentrationslagern verloren. Bei der Kundgebung am Vorabend des 11. März rief Frankl den 30 000 Teilnehmern der Kundgebung zu: „Ich bitte Sie, von mir nicht ein einziges Wort des Hasses zu erwarten. Es gibt keine Kollektivschuld. Das sei denen gesagt, die glauben, sagen zu dürfen, daß man sich schuldig fühlen oder auch nur schämen muß irgendeiner Sache, die man nicht selbst getan, ja nicht einmal selbst unterlassen hat, sondern die die Eltern oder gar die Großeltern auf ihr Gewissen haben nehmen müssen. Ich glaube mir sicher zu sein, daß die Opfer ehemaliger kollektiver Verfolgung die ersten sein werden, die mir da zustimmen, es wäre denn, sie haben es darauf angelegt, die Jugend von heute den alten Nazis oder den Neo-Nazis in die Arme zu treiben.“

Frankl berichtete, daß eine katholische Baronin in Wien eine jüdische Kusine von ihm den ganzen Krieg hindurch in ihrer Wohnung versteckt gehalten hat und daß ihm ein sozialistischer Rechtsanwalt in Wien, der spätere Vizekanzler *Bruno Pittermann*, immer wieder Lebensmittel zusteckte. Daher laute sein Schluß: „Es gibt eigentlich nur zwei Menschenrassen, und das ist die Rasse der anständigen Menschen und die Rasse der unanständigen Menschen, und die Rassentrennung geht quer durch alle Nationen, alle Parteien und alle Gruppierungen. Selbst in den Konzentrationslagern ist man hier und da unter der SS auf den einen oder anderen halbwegs anständigen Kerl gestoßen, genauso wie umgekehrt auf so manchen Falotten unter den Häftlingen.“

## Öffentliche Gewissenerforschung der Kirche

Im Sinn dieses Aufrufs, der gerade aus dem Mund eines so bekannten Mannes im ganzen Land tiefen Eindruck hinterließ, ergriffen die christlichen Kirchen die Gelegenheit zu einer öffentlichen Gewissenerforschung. Der Alt-Erzbischof von Wien, Kardinal *König* sagte, die Christen sollten sich „der Schuld bewußt sein, einem religiös verbrämten Antisemitismus nicht genug entgegengetreten zu sein“, dies sei eine schwärende Wunde am Leib der Kirche, die viel Unheil über Menschen gebracht habe. Auch der Kardinal lehnte den Begriff der Kollektivschuld ab, wohl aber gebe es eine Schuldverwobenheit, und man müsse mit schmerzlichem Bedauern eingeste-

hen, daß die Kirche in Österreich vor 50 Jahren, wenn auch nicht als einzige, zuwenig getan habe, um die Menschen gegen Hitler zu immunisieren. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Jahres 1938 müsse der Weg zu einer neuen Gemeinsamkeit gefunden werden, die Österreich als Haus für alle sieht.

Ein Wortgottesdienst der österreichischen Bischöfe im Dom zu St. Stephan in Wien wurde in diesem Geist zu einer bewegenden Stunde des Gedenkens, als der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof *Karl Berg*, in Anwesenheit des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der meisten Mitglieder der Bundesregierung ausrief: „Wir müssen den Mut haben, der Wahrheit ins Auge zu blicken und um Verzeihung zu bitten.“ Die Gedenkfeier im Stephansdom sei Anlaß, Schuld zu bekennen, Reue zu empfinden, um Vergebung zu bitten und die Anklagen zu begraben.

Auch in den Landeshauptstädten zelebrierte man ähnliche Gottesdienste, wobei es im Grazer Dom zu einem besonderen Zeichen der Versöhnung kam: Nach dem Schuldbekennnis, in dem es hieß: „Wir haben andere verurteilt und gerichtet, viele von uns haben selbst sehr schnell den Mantel der Unschuld umgehängt und nicht um Verzeihung gebeten“, sprach der Bischof der benachbarten slowenischen Diözese Maribor (Marburg), *Franz Kramberger*, aus der im Krieg durch Untaten aller Seiten verwüsteten Untersteiermark die Bitte um Vergebung. Eine der Fürbitten wurde in slowenischer Sprache gebetet – vermutlich erklangen derartige Worte in diesem Dom zum ersten Mal seit der Abtrennung der Untersteiermark vor 70 Jahren.

Wohl unter dem Eindruck dieser Gedenkfeiern im weltlichen und im geistlichen Bereich kam es auffallend schnell zu einer *Beruhigung* der noch im Februar leidenschaftlich aufgeladenen Stimmung. Trotzdem war damit keine billige Verkleisterung der Vergangenheit gegeben. So forderte Erzbischof Berg in einer Fernsehansprache die österreichischen Christen auf, Schuldzuweisungen an andere zu unterlassen und für Versöhnung einzutreten, aber nichts unter den Teppich zu kehren. In diesem Sinn wird die klassische Formel, Österreich sei das erste Opfer Hitlers gewesen, immer häufiger durch die bisher eher umschwiegene Erkenntnis ergänzt, daß in weiterer Folge nicht wenige Österreicher als (Mit-)Täter an der nationalsozialistischen Aggression in brutaler Weise mitwirkten. Gerade die heftige interne Diskussion der letzten Monate hat beide Aspekte dieser Analyse immer klarer außer Streit gestellt.

So bedrohlich die Zuspitzung des Streites um Bundespräsident Waldheim in bestimmten Phasen gewesen sein mochte, so sehr dürfte die Affäre Waldheim auf diese Weise zu einer *Aufarbeitung der Vergangenheit in lange nicht gekannter Intensität* und zu einem Akt nationaler Bewußtseinsfindung geführt haben, wie ein kritischer bundesdeutscher Beobachter konstatierte.

Damit wird bei aller Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Situation in Österreich, die der landesüblichen Skur-

ritilität nicht entbehrt, die Beurteilung von *Golo Mann* bestätigt, der seinen Eindruck Mitte März in der Hamburger „Zeit“ so formulierte: „Der Versuch einer deutsch-österreichischen Heirat mußte einmal gemacht werden. Gemacht wurde er im schlechtesten Moment, in der schlechtesten Form. Und das hat einen Vorteil: Er wird sobald nicht wiederholt werden. Der zweiten österreichischen Republik ist gelungen, was der ersten nicht gelang: Sie hat ihre Identität gefunden, nach innen und nach außen. An diesem Erfolg kann das rein persönliche Ärgernis, von dem gegenwärtig so viel die Rede ist, nichts ändern.“

## Österreichs eigentliche Aufgabe

Der bevorstehende Österreichbesuch von *Johannes Paul II.* im Juni, der nicht primär auf die Initiative der Bischöfe, sondern eines Laien, des Salzburger Landeshauptmannes *Wilfried Haslauer*, zurückzuführen ist, könnte diesen Prozeß österreichischer Identitätsfindung noch zusätzlich bestärken und weiterführen. Denn schon einige Monate vor dem Besuch haben sich für die Papstmesse im Burgenland mehr als 60 000 *Ungarn* angemeldet, so daß in vielleicht allzu optimistischen Schätzungen schon mit einer Teilnahme von 100 000 Besuchern des ungarischen Nachbarlandes gerechnet wird. Außerdem haben sich bereits Zehntausende *Kroaten* und *Slowenen* für den Papstbesuch in Österreich angesagt,

und es wird gehofft, daß aus diesem Anlaß die österreichisch-jugoslawische Grenze, die unmittelbar nach dem Krieg mehrere Jahre hindurch eine blutige Grenze gewesen war, zum ersten Mal seit 1945 zu einer völlig offenen Grenze wird. Auch die ungarischen Behörden haben bereits ihre volle Unterstützung zugesichert und angekündigt, daß sie alles tun werden, um den vielen Sonderzügen und zahllosen Autobussen nach Österreich jede Hilfe zu gewähren. Wo noch vor wenigen Jahren die Stacheldrahtverhau und Minenfelder des Eisernen Vorhanges jeden Kontakt verhindern sollten und im Jahr 1956 200 000 *Ungarn* nach Österreich flüchteten, wird auf diese Weise die Vision eines größeren Europa wenigstens für einige Tage Wirklichkeit, und niemand kann noch abschätzen, welche psychologischen oder auch politischen Wirkungen davon ausgehen werden.

Damit wird Österreich, das in den letzten beiden Jahren gerade in westlichen Ländern viel gescholten und manchmal auch geschmäht worden ist, durch den Besuch des Papstes auf seine eigentliche Aufgabe hingewiesen und aufmerksam gemacht: *Vermittler zwischen West und Ost* zu sein, eine Aufgabe, die gerade in diesen Wochen und Monaten, in denen der Befreiungsprozeß der osteuropäischen Völker aus der bürokratischen Herrschaft kommunistischer Machthaber in eine neue, dramatische Phase tritt, ungeahnte zusätzliche Möglichkeiten, aber auch Gefahren unbekanntem Ausmaßes mit sich bringen könnte.

*Fritz Csoklich*

## Dem Frieden näher?

### Die Lage in Mittelamerika nach den Abkommen von Esquipulas und Sapoa

*Der Friedensplan von Esquipulas, im August vergangenen Jahres von fünf Präsidenten Mittelamerikas unterzeichnet, ist heute von seiner Realisierung noch weit entfernt. Er ist aber auch (noch) nicht gescheitert, und das kann in Anbetracht der hochgesteckten Ziele des Abkommens schon als Erfolg gelten. In keinem der Bürgerkriegsländer Mittelamerikas herrscht Frieden, lediglich in Nicaragua wurde eine befristete Waffenruhe vereinbart. Derweil zieht das südlichste Land des Isthmus die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich: die politischen Verhältnisse in Panama sind vom „starken Mann“ des Landes, dem hartnäckig um die politische Macht kämpfenden General Manuel Antonio Noriega, schwer erschüttert worden.*

Der Friede in Mittelamerika, so die These des Friedensnobelpreisträgers und Präsidenten von Costa Rica, *Oscar Arias*, steht und fällt mit Nicaragua. Die meisten mittelamerikanischen Politiker teilen seine Meinung, auch in Europa – und in den direkt involvierten Vereinigten Staaten sowieso – wird dies überwiegend so gesehen. Begründet wird diese Konzentration der politischen Per-

spektiven auf Nicaragua mit dem ideologischen – pro-marxistischen – Kurs des sandinistischen Regimes, der das Machtgefüge innerhalb Mittelamerikas und auf dem amerikanischen Kontinent im ganzen verschiebe oder zumindest dazu in der Lage sei (ein „zweites Kuba“). Die beispiellose Aufrüstung Nicaraguas mit sowjetischer Hilfe und die repressive nicaraguanische Innenpolitik der letzten Jahre sind weiterhin geeignet, im Blick auf Mittelamerika vor allem Nicaragua zu fixieren.

Ausgerechnet das revolutionäre Regime Nicaraguas ging indes als erster der Unterzeichnerstaaten unverzüglich daran, die Forderungen des Friedensplans zu erfüllen – zum ungläubigen Staunen der westlichen Welt. Insbesondere die amerikanische Regierung geriet mit ihrer Politik der scharfen Konfrontation für Wochen – und eigentlich bis heute – aus dem Konzept (vgl. HK, Oktober 1987, 467 ff. und HK, Dezember 1987, 563). Neun Monate nach Esquipulas kommt auch der amerikanische Präsident nicht an der Tatsache vorbei, daß Nicaragua dem Friedensabkommen entschieden weitgehendere politische Taten hat folgen lassen als seine Nachbarländer.